

# Die Bildungs- kaskade

Hauptschüler zahlen keine Unigebühren. Dachte man. Nun stellt sich heraus: Vom Bezahlstudium abgeschreckte Abiturienten drängen andere aus Lehrstellen. Die Bildungsarmen zahlen die Zeche.

VON CHRISTIAN FÜLLER

Elke besucht ein Gymnasium in Thüringen und hat gute Noten. Sehr gute sogar. Das Ziel der 17-Jährigen ist die Universität, sie will studieren. „Nein, ich werde nicht sofort an die Uni gehen“, erzählt sie dennoch, „ich möchte erst mal eine Lehre absolvieren.“

Warum schreibt Elke sich nicht an einer Hochschule ein? Das Land sucht händeringend Akademiker. Ihre Job- und Verdienstmöglichkeiten als Studierende wären um ein Vielfaches höher denn als ausgelernte Auszubildende. „Ich habe keine Lust, Studiengebühren zu bezahlen und mit Schulden ins Leben zu starten“, erläutert sie.

Der Fall Elke wird gern als historische Besonderheit der universitären Kultur abgetan. Das Bürgertum, an die kostenlose Uni gewöhnt, lasse sich vom Palaver über das Bezahlstudium abschrecken – allerdings nur ganz kurz, vor allem im Osten und nur in kleinen Zahlen. In Nordrhein-Westfalen etwa, wo die Zahl der Studienanfänger wegen der Gebühren gerade um 5,3 Prozent sank, winkte der Wissenschaftsminister Pinkwart (FDP) gleich ab: Eine Momentaufnahme.

Ein Blick nach Niedersachsen zeigt, dass das Missverständnis größer sein könnte als angenommen. Das Land, in dem seit Übernahme durch eine CDU/FDP-Regierung das Reden über Studiengebühren zum guten Ton gehört, sieht empfindliche Einbußen an Studiermut. Zwischen 2003 und 2005 ist die Zahl der Studienanfänger um satte 18 Prozent zurückgegangen. Im Wintersemester 2006 waren es erneut weniger Studienanfänger, rund 25.000 – ein Warnsignal für die Wirtschaft des Landes. „Die Studierneigung sinkt!“, schlug das Niedersächsische Institut der Wirtschaft Alarm.

Der Schreckeffekt durch Studiengebühren beschränkt sich aber nicht auf die Hochschulen. Er schlägt vielmehr auf die unteren Bildungsgänge durch. Gymnasiasten kicken Realschüler aus den Lehrstellen. Die wiederum machen den Hauptschülern das Leben schwer – denn sie okkupieren Vorbereitungskurse für Lehrstellen, die für geringqualifizierte Schulabgänger gedacht waren.

Eine Treppe kehrt man von oben nach unten. Das gilt leider auch für die Stufen des Bildungssystems: Die Studienanfängerzahlen sinken erkennbar. Laut Berichten des Statistischen Bundesamtes ging der Anteil von Studienanfängern eines Jahrgangs von 38 auf 35 Prozent zurück. In Niedersachsen sind es gar

nur noch 30 Prozent. Aber die abgeschreckten Abiturienten drehen natürlich nicht Däumchen – sie drängen auf den Lehrstellenmarkt. Dort hat sich ihre Zahl um 4 Prozent erhöht, die der Fachabiturienten um satte 20 Prozent. Das hat die Bundesagentur für Arbeit festgestellt.

Wer genauer in die Daten der Arbeitsmarktforscher hinsieht, entdeckt eine Kaskade, die nach unten immer breiter wird: Die Zahl der von Ausbildungsbetrieben abgelehnten Hauptschüler stieg von 2005 auf 2006 um 130 Prozent. Im sogenannten Einstiegsqualifizierungsjahr – einem einjährigen Eingliederungspraktikum für gering Qualifizierte – tummeln sich inzwischen zu mehr als 50 Prozent Jugendliche mit Realschul- oder höheren Abschlüssen. Das heißt: Ausgerechnet die Benachteiligten sind die ersten Verlierer der Studiengebühren.

Ursprünglich war das Einstiegsqualifizierungsjahr für junge Menschen in besonders prekärer Lage gedacht. Ziel war es, Jugendlichen mit „eingeschränkten Vermittlungschancen eine Chance zum Einstieg in Ausbildung“ zu geben – so die offizielle Definition des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales von Franz Müntefering (SPD).

Der hat jüngst den Begriff der Unterschicht abgelehnt, weil er die Gesellschaft nicht in Schichten einteilen will. Nun aber schließt genau jenes Programm, auf das Müntefering setzt, Bildungsarme systematisch aus: Der Anteil der Teilnehmer am Einstiegsqualifizierungsjahr, die keinen oder nur einen Sonderschulabschluss haben, liegt bei kümmerlichen 3,7 Prozent. So steht es in einem Bericht, den der Arbeitsministers in Auftrag gegeben hat.

Die Experten bestätigen die Befürchtungen. Abiturienten fliehen vor den Studiengebühren auf den Lehrstellenmarkt. Dort schwillt ihre Zahl an. „Die Steigerungen ergaben sich zum größten Teil in Ländern, die Gebühren eingeführt oder angekündigt haben“, sagt eine Sprecherin der Arbeitsagentur. Und der Bildungsökonom Dieter Dohmen weiß, warum. „In sozial schwachen Familien herrscht eine ausgesprochene Angst vor Verschuldung durch Ge-

bühren. Jugendliche lassen sich allein durch das Schreckgespenst Gebühren vom Studium abhalten.“

Für Abiturienten ist das Absolvieren eine Art Ehrenrunde zur persönlichen Sicherheit. Für Hauptschüler wirkt sich ein verlorenes Jahr anders aus – dramatischer. Ihr Zeitfenster für die Lehrstellensuche ist nur kurz geöffnet. Bekommen sie dieses Jahr nichts, gehören sie kommenden schon zu den chancenlosen Altbewerbern. Fast 60 Prozent der aktuell 50.000 jugendlichen Stellensucher sind bereits vergangenes Jahr gescheitert.

„Für die Jugendlichen, die heute schon als kaum vermittelbar gelten, wird die Luft noch dünner“, sagt Dieter Dohmen. Der Leiter des Berliner Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie meint die 10 Prozent jedes Jahrgangs, die ohne Abschluss bleiben. Und jene, die kaum über ausreichende Lese- und Schreibkompetenz verfügen.

Eine Gruppe, für die es übrigens im Jahr 2007 erst so richtig dick kommen wird. Dann wird über Studiengebühren nicht mehr geredet – dann kommen sie wirklich. Gleichzeitig stehen geburtenstarke Jahrgänge an, die auf den Markt drängen. Vielleicht könnte Niedersachsen dann das erste Bundesland sein, bei dem eine verfehlt Bildungspolitik sich unmittelbar auswirkt.

Das befürchtet übrigens niemand anderes als die Wirtschaft selbst. In einem umfassenden Bildungsbericht, der die Qualifikationen von der Hauptschule bis hinaus zu den Promovierten misst, ermittelt das Niedersächsische Institut diese trübe Bild: Niedersachsens Bildungsprofil zeichne sich aus – durch mittlere Qualifikationen, Tendenz fallend: „Dem zunehmenden Ersatzbedarf, speziell bei (hoch)qualifizierten Kräften, stehen schon heute absehbare Verknappungen beim qualifizierten Nachwuchs gegenüber, die sich weiter verschärfen werden: Fachkräftemangel droht.“ Christian Füller ist bildungspolitischer Redakteur der taz

